



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0888890

Z/NL/53 - 8. Februar 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Beispielhaft auch für die Bundesrepublik</u> Zu einem Anti-Trust-Urteil in den USA	41
2 - 3	<u>Zur Dokumentation: * * *</u> <u>Erich Ollenauer in Duisburg</u> "Heraus aus der Sticluft der Ein-Parteien-Herrschaft:"	79
4	<u>Die Juden in der Sowjetunion</u> Offizielle Förderung des Antisemitismus Von Bruno Kuster, Genf	52
5 - 6	<u>Tirana: Pekings Sprungrett auf dem Balkan</u> Gerüchte um das politische Schicksal Albaniens Von Dr. Basil Metziopoulos	53

\* \* \*

\* \*

Am 2. Februar 1961 sprach der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich Ollenauer, vor 700 Mitgliedern der Sozialen Arbeitsgemeinschaft in der Industriegewerkschaft Metall, zahlreichen Betriebsräten und Vertrauensmännern der Sozialdemokratischen Partei im Raume Duisburg. Da die meisten Agenturen nur sehr unvollständig über diese Veranstaltung berichtet haben und zahlreiche Zeitungen uns daher baten, ihnen den Text der Rede auszugsweise zu übermitteln, veröffentlichen wir in unserer heutigen Ausgabe einige der wichtigsten Passagen von Ollenauers Ansprache.

Die Redaktion

\* \* \* \*

Beispielhaft auch für die Bundesrepublik

Zu einem Anti-Trust-Urteil in den USA

G.M. - Der Kampf der freien Welt gegen die Diktaturen jeder Art wird auf vielen Ebenen geführt. Es geht darum, die Freiheit zu erhalten und zu erweitern, aber auch dort zur Wirklichkeit werden zu lassen, wo sie unterdrückt wird. Die Mittel, deren man sich in der freien Welt hierbei bedient, sind sehr unterschiedlich. Es ist inzwischen zu einer Einsenwahrheit geworden, dass die Freiheit nicht nur mit militärischen Mitteln verteidigt werden kann; einfach deswegen nicht, weil die Diktaturen ebenfalls hochentwickelte Militärmächte geworden sind und weil hemmungsloser Rüstungswettlauf freie und unterdrückte Völker mit fast automatischer Sicherheit in den Abgrund stürzen würde. Deshalb wird immer deutlicher, dass der Konkurrenzkampf zwischen Demokratie und Diktatur auch auf der geistigen und wirtschaftlichen Ebene geführt werden muss.

Ein interessantes Beispiel dafür, wie klar man jetzt in den Vereinigten Staaten erkennt, dass neben der militärischen Bereitschaft zur Abwehr des Kommunismus auch die geistig-politische Kraft eingesetzt werden muss, ist das aufsehenerregende Urteil in dem grössten Anti-Trust-Prozess der USA. Sieben grosse Industrielle der Elektro-Branche wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt und 32 Gesellschaften müssen Geldstrafen im Gesamtbetrag von über zwei Millionen Dollar zahlen. Ihnen wurde nachgewiesen, dass sie durch Preisabsprachen untereinander die Preise der von ihnen erzeugten Elektro-Artikel künstlich hochgeschraubt hatten.

Das Anti-Trust-Gesetz in den Vereinigten Staaten existiert schon seit einigen Jahrzehnten. Man hat es bisher mehr oder weniger streng angewandt, und die Urteile wurden meist mit rein juristischen Argumenten begründet. Bei dem jetzt ergangenen Urteil hat Bundesrichter Caney aber ausserdem eine politische Begründung für die hohen Strafen gegeben. Er sagte, die Verurteilten hätten das Bild zerstört, das wir heute als eine Alternative der freien Welt zu den Diktaturen hätten.

Damit hat sich das höchste Gericht der USA zu dem Grundsatz bekannt, dass die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus auch auf einer Ebene geführt werden muss, die den Freiheitsbegriff als obersten Grundsatz ihres Handelns anerkennt. Das Urteil und seine Begründung besagt aber auch, dass der freiheitliche Staat zugrunde geht, wenn er in seinem Bereich Vergehen ungestraft lässt, die er bei den Diktaturen verurteilt. Das offen auszusprechen, wie es Bundesrichter Caney getan hat, gehört auch zum neuen Stil eines freiheitlichen Staatswesens, das seine Bürger gegen Diktaturen jeder Art immun halten will. Vielleicht könnte man sich auch in der Bundesrepublik gelegentlich an das Beispiel der USA erinnern.

Zur Dokumentation:

Ollenhauer in Duisburg

"Heraus aus der Stickluft einer jahrelangen Ein-Parteien-Herrschaft"

Am 2. Februar 1961 sprach der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich Ollenhauer, vor 700 Mitgliedern der Sozialen Arbeitsgemeinschaft in der Industriegewerkschaft Metall, zahlreichen Betriebsräten und Vertrauensmännern der Sozialdemokratischen Partei im Raume Duisburg. Da die meisten Agenturen nur sehr unvollständig über diese Veranstaltung berichtet haben und zahlreiche Zeitungen uns daher baten, ihnen den Text der Rede auszugsweise zu übermitteln, veröffentlichen wir nachstehend einige der wichtigsten Passagen von Ollenhauers Ansprache. Die Redaktion.

\* \* \*

"Eine sozialdemokratische Regierung wird auf dem Gebiet der internationalen und kontrollierten Abrüstung bei Leistung des westdeutschen Verteidigungsbeitrages im Rahmen des atlantischen Bündnisses grössere Initiative entwickeln, als es die seit über einem Jahrzehnt die Geschichte Westdeutschlands lenkende Regierung Adenauer bisher getan hat".

Wahre Sicherheit

Die sozialdemokratische Regierungsmannschaft unter Führung von Willy Brandt, so betonte Ollenhauer, und mit ihr die gesamte Sozialdemokratische Partei will, dass auch die Bundesrepublik stets bemüht bleibt, ihre Alliierten von der Notwendigkeit zu überzeugen, dass eine mögliche Ausweitung des Atomclubs das hemmungslose Wettrüsten verstärken werde und dass am Ende die Katastrophe stehen müsse.

"Die wahre Sicherheit für das deutsche Volk liegt in einer Politik der Entspannung, die allein die Voraussetzungen dafür schaffen kann, dass auch im internationalen Rahmen die Sicherheit Berlins und die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit erreicht wird".

Ollenhauer, der die Beschlüsse des Parteitages von Hannover erläuterte, erhielt allgemeine Zustimmung, als er erklärte, es sei das unverrückbare Ziel sozialdemokratischer Politik, die Bundesrepublik zu einem Staate zu gestalten, in dem die einseitige Begünstigung auf wirtschaftlichem Gebiet durch eine moderne Kontrolle der Wirtschaftsmacht zugunsten der Allgemeinheit abgelöst wird.

"Die SPD will einen Staat der freiheitlichen und sozialen Gemeinschaft; sie will den Bürger aus der Stickluft einer jahrelangen Ein-Parteien-Herrschaft herausführen".

### Der Fleiss von Millionen Deutschen

In diesem Zusammenhang stellte Ollenkauer unter starkem Beifall fest, es sei eine historische Unwahrheit, wenn man den wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik als Leistung einer Regierung oder einer Partei darstelle.

Die Grundlagen für das Funktionieren und die Weiterentwicklung unserer Wirtschaft sind schon in den ersten Wochen und Monaten nach dem Zusammenbruch von Millionen einfacher Frauen und Männer in Stadt und Land geschaffen worden, deren Fleiss und Zielstrebigkeit die Bewunderung der ganzen Welt hervorgerufen hat.

"Die Regierung Adenauer und die hinter ihr stehenden politischen und wirtschaftlichen Kräfte haben diese grandiose Leistung jedoch bis heute nicht honoriert. Trotz guter Konjunktur, trotz phantastischer Gewinne in der Privatindustrie hat es die Regierung Adenauer in drei Legislaturperioden nicht einmal fertiggebracht, eine moderne Krankenversicherung zu schaffen, den arbeitenden Menschen einen sorgenfreien Lebensabend zu sichern und der begabten Jugend unseres Volkes Aufstiegschancen ohne Unterschied der Einkommensverhältnisse ihrer Eltern zu bieten."

Eine sozialdemokratische Regierung wird diese Aufgaben meistern, weil sie weiss, dass die deutsche Demokratie nur dann funktionieren kann, wenn sie sich dem Bürger als freiheitlicher und sozialer Rechtsstaat darbietet.

### Für freie und unabhängige Gewerkschaften

In diesem Sinne, so betonte Ollenkauer, ist auch das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften zu sehen. Die Sozialdemokratie will freie und unabhängige Gewerkschaften, eine grosse gemeinschaftliche Arbeitnehmerorganisation, die weder von einer Regierung noch von einer Partei gegängelt werden kann. Es ist historisch belegt, dass eine Schwächung der Sozialdemokratischen Partei gleichbedeutend ist mit der Schwächung der Wirkungsmöglichkeiten einer freien Gewerkschaftsbewegung. Umgekehrt bedeutet die Schwächung des Einflusses beider grossen Gruppen in unserer modernen Gesellschaft eine Schwächung der Demokratie schlechthin.

"Aus diesem Grunde kämpft die SPD gemeinsam mit den Gewerkschaften für die Sicherung der Demokratie; sie setzt sich mit allen Feinden der Demokratie hart auseinander und duldet weder Spaltungs- noch Infiltrationsversuche von links- oder rechtsradikaler Seite".

Unter grosser Zustimmung erklärte Ollenkauer abschliessend, eine freiheitliche und soziale Demokratie in der Bundesrepublik werde eines Tages die Grundlage für ein wiedervereinigtes demokratisches Deutschland sein, in dem jeder Bürger das Gefühl haben soll, entsprechend seinen Leistungen anerkannt zu werden.

## Die Juden in der Sowjetunion

Von Bruno Kuster, Genf

Kein Land ist gegen antisemitische Strömungen gefeit, da es überall Dummköpfe gibt, die ihre Stärke nur gegenüber Schwächeren oder zivilisierten Minderheiten beweisen können. Es wäre ein Wunder, wenn die sowjetische Bevölkerung eine Ausnahme bilden würde. Leider beweisen aber die Tatsachen, dass die Sowjetbehörden diesen tief verwurzelten Strömungen nicht nur nicht entgegentreten, sondern sie zu politischen Zwecken aufstacheln.

Ein vom Koordinationsausschuss jüdischer Organisationen der Menschenrechtskommission der UNO übermittelter Bericht enthält eine lange Aufzählung von antisemitischen Artikeln, die in jüngster Zeit in zahlreichen sowjetischen Zeitungen erschienen sind. Er erwähnt auch die erschütternde Tatsache, dass im Moskauer Vorort Malaschowa am 4. und 5. Oktober 1959 anonyme Flugblätter verteilt wurden, in denen es u.a. heisst: "Und wir würden das alles. Wie lange noch? Wir haben sie (die Juden) vor den Deutschen gerettet, die sie verständiger behandelt. Wir haben ihnen Obdach gewährt, und sie sind so schamlos geworden..." Ähnliche Flugblätter gelangten auch in anderen sowjetischen Städten wie Charkow, Kiew und Winniza zur Verteilung. Gleichzeitig wurde in der Synagoge von Kalakowka und im Häuschen des 80-jährigen Aufsehers des jüdischen Friedhofes Feuer gelegt. Seine 67-jährige Frau wurde erwürgt aufgefunden. Schändung von Synagogen und Friedhöfen und Besudelung jüdischer Behausungen vervollständigen das Bild. Und das alles geschieht unter den Augen der doch sonst allgegenwärtigen Staatspolizei.

Die jüdische Gemeinde ist der wichtigsten Rechte, welche die sowjetische Verfassung und die Gesetze allen anderen ethnischen und religiösen Gruppen gewährt, beraubt. Seit 1917 durfte keine Bibel mehr in hebräischer Sprache gedruckt werden. Keine Zeitung und kein Buch darf in Jiddisch erscheinen, obwohl anlässlich der letzten Volkszählung beinahe 500 000 Juden das Jiddische als ihre Muttersprache bezeichneten. Die antisemitischen Ausfälle sind am häufigsten in Provinz- und Lokalzeitungen, die in Gebieten mit verhältnismässig starker jüdischer Bevölkerung erscheinen. Sie begnügen sich nicht mit allgemeinen Verleumdungen und Verdrehungen, sondern nennen jüdische Gemeindevorsteher mit Namen und Adresse und verschonen selbst nicht deren Kinder, sogar wenn diese der Kommunistischen Partei angehören. Die jüdische Abstammung wiegt offenbar schwerer als das politische Bekenntnis zur Staatsführung.

Die "Dnestrowskaja Prawda" schreibt: "Das Judentum war und bleibt ein unversöhnlicher Feind der Arbeiter, ein Feind des fortschrittlichen Denkens, ein Feind der Revolution und des Sozialismus." Die "Snamja Kommunizma" kommentiert das einige tausend Jahre alte jüdische Gebet Kol Ha're folgendermassen: "Wie man sieht, lehrt dieses Gebet den Gläubigen nicht nur den Geist der Irreführung, sondern impft ihnen Törichtigkeit gegenüber Nicht-Juden ein... Die Wirkung dieses Gebetes besteht darin, einen gläubigen Juden, seinen Soldateneid zu brechen, Staatsgeheimnisse zu verraten und die moralischen Familienpflichten zu verletzen..."

Die antisemitischen "Theoretiker" und Propagandisten der Sowjetunion bedienen sich der gleichen Fälschungen, die zu allen Zeiten der Verdächtigung der Juden als Handlanger eines imaginären Feindes dienten. Staatlich geschürter Antisemitismus ist ein bedenkliches Krankheits-symptom.

Tirana: Pekings Sprungbrett auf dem Balkan

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Die Annäherung Tiranas an Peking nimmt immer konkretere Formen an. Eine albanische Delegation unter Führung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Spiro Koleka besuchte die chinesische Hauptstadt und hinter dem abschliessenden gemeinsamen Kommuniqué vom 2. Februar verbirgt sich eine ernst zu nehmende politische Realität. Drei Punkte bilden den Tenor der üblichen Freundschaftsbeteuerungen: Der gemeinsame Glaube an die Sache des Marxismus - Leninismus, die Achtung einer friedlichen Koexistenz und vor allem die Entschiedenheit im Kampf gegen die "Oligarchie von Tito".

Der Einfluss Pekings auf den kleinen ehemaligen sowjetischen Satelliten hat praktische Folgen: Fast alle sowjetischen Techniker und Militärspezialisten wurden inzwischen von chinesischen Experten ersetzt. Wie unterrichtete Kreise aus dem angrenzenden Griechenland wissen wollen, veranlasste und förderte Peking die politische Neuausrichtung Tiranas wirkungsvoll durch eine mehr oder weniger offene Flüsterpropaganda, in der behauptet wird, Moskau unterstütze die Absicht Griechenlands und Jugoslawiens, Albanien unter sich zu teilen. Dies erklärt auch die hartnäckige feindselige Haltung Tiranas gegenüber Belgrad, obwohl der Kreml wiederholt normale Beziehungen zwischen beiden Ländern anzubahnen versuchte. Hier liegen wohl auch mit die Gründe für die Haltung der albanischen Vertreter auf der "Gipfelkonferenz" der kommunistischen Parteien im November vergangenen Jahres in Moskau. Wenn sich bei diesen Zusammenreffen die Differenzen bis hart an die Grenze offener Spannungen auswachsen konnten, so ist das nur aus dem psychologischen Angstkomplex der Albanier zu erklären, die sich in ihrer nationalen Existenz bedroht sehen.

Die schwebenden Gerüchte von einer geplanten Aufteilung Albaniens zwischen Jugoslawien und Griechenland wurden in der vergangenen Woche

8. Februar 1961

von der Pariser Zeitung "Aurore" erneut aufgegriffen. Der Verfasser des entsprechenden Artikels spricht allerdings von ganz konkreten Plänen Chruschtschows, die obige Gerüchte verifizieren würden. Nachdem Tirana diese Informationen erhalten habe, sei die Lösung aus der sowjetischen Einflusssphäre endgültig. Der Krenl wolle seinerseits durch diese Taktik in Jugoslawien und Griechenland wieder festen Fuss fassen.

Es entspricht zwar den Tatsachen, dass beide Länder nationale Forderungen anmelden, wobei es aber nur um die Rechte der oft unter unwürdigen Bedingungen in Albanien lebenden Jugoslawen und Griechen geht. Die Regierungen beider Länder haben jedoch wiederholt ausdrücklich betont, dass sie ohne jede Annexionstendenzen nur auf legitime Weise ihren Ansprüchen Geltung verschaffen wollen. Die Kommentare der griechischen Presse sehen in dem Bericht der "Aurore", die über gute Beziehungen zum französischen Aussenministerium verfügen soll, eine Spekulation. Fest steht, dass Jugoslawien und Griechenland höchstes Interesse daran haben, eine friedliche Entwicklung auf dem Balkan zu schaffen.

Der Krenl seinerseits wird nicht so schnell bereit sein, sich das Heft aus der Hand nehmen zu lassen. Dafür spricht die in Gang gesetzte "Offensive" in den Ländern des Balkan, deren Ziele sich jedoch noch nicht klar herauskristallisierten. Abzuwarten bleibt ebenfalls die Auswirkung des neuen Windes aus den USA. Die Nominierung des Osterperter George Kennan zum Botschafter in Belgrad berechtigt davon zu sprechen, dass auch von der Seite des Westens eine neue Phase eingesetzt hat, die auf eine Stabilisierung Südosteuropas hinzielt.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markschöffel